

Auf der konstituierenden Ratssitzung am 28. Oktober 2009 stellte DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Dorsten zwei Anträge:

1. einen zusätzlichen Ausschuss für einen öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) und
2. dass der Rat beschließen möge, die Verwaltung zu beauftragen das Verfahren zur Bildung von Bezirksausschüssen einzuleiten

### **Zur Erläuterung**

zu 1.

Ziel eines ÖBS- Ausschusses sollte sein, zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen zu schaffen.

Die aktuellen Förderinstrumente stellen wie der § 16 e SGB II sowohl Grenze als auch Chance dar.

Der Ausschuss kann beides nutzen, um Öffentliche Beschäftigung zu etablieren, wo auch langfristig Menschen beschäftigt sein dürfen, die den Förderbedingungen des SGB nicht unterliegen.

In einem ÖBS hätten erwerbslose Menschen die Chance auf Beschäftigung, die auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt keine Anstellung finden.

Öffentliche Beschäftigung könnte in Bereichen organisiert werden, die gesellschaftlich notwendig sind und von Betrieben mangels Gewinnaussichten nicht durchgeführt werden.

zu2.

Für DIE LINKE. Fraktion stellen Bürgerforen nicht wirklich eine echte Bürgerbeteiligung zur Einflussnahme auf die Entscheidungen des Rates dar.

Darum ist es für uns erforderlich, wieder Bezirksausschüsse zu bilden. Nur hier ist es möglich, dass Dorstener Bürgerinnen und Bürger auch wirklich in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Im § 4 (4) der Hauptsatzung für die Stadt Dorsten heißt es, „Die Bürgerforen ersetzen keine gesetzlich vorgeschriebene Form der Bürgerbeteiligung.

In Bürgerforen können keine Beschlüsse gefasst werden“.